

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 200-201

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 4000 M.
In Dommerellen 8000 M. poln. Anzeigen: Die-ge-
spaltene Zeile 400 M., auswärts 600 M. Die Rekla-
mezeile 1600 M., auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 88

Montag, den 16. April 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandauer Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckarbeiten 3290.

Das Ergebnis von Paris.

Keine Räumung ohne Garantien. — Der „Vorwärts“ fordert Aufnahme von Verhandlungen.

Die belgisch-französische Konferenz ist Sonnabend mittag zu Ende gegangen. Nach der Konferenz wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Die französischen und belgischen Minister sind aufs neue zusammengetreten. Sie haben die gemeinsamen Bedingungen vorbereitet, die an ihre Oberkommissare in den Rheinlanden und an General Degoutte ergehen sollen, und die die in den neubefestigten Gebieten eingeführte Zentralverrechnung und deren Kontrolle, die Verwendung des Ertrages der Geldbühnen und Beschlagnahmen usw. betreffen. Es ist beschlossen worden, daß die verbleibenden Waren und Produkte, die in den besetzten Gebieten beschlagnahmt worden sind, um die von den beiden Regierungen oder ihren Staatsangehörigen gemachten Bestellungen von Sachlieferungen zu decken, diesen direkt zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Ueberfluß der beschlagnahmten Waren und Produkte wird von den französischen und belgischen Behörden verkauft werden. Der Ertrag dieser Verkäufe wird der Verrechnungskasse der Pfänder überwiesen und der nach Begleichung der verschiedenen Besetzungs- und Betriebskosten überschüssende Betrag wird der Reparationskommission übermittelt werden.

Die beiden Regierungen haben ihre Entschlüsse von Brüssel dahin bekräftigt, daß sie die Räumung des Ruhrgebietes und der auf dem rechten Rheinufer neubefestigten Gebiete nicht von einfachen Versprechungen abhängig machen, sondern daß sie nach Maßgabe der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen die Räumung durchführen werden.

Hierzu schreibt der „Vorwärts“: Nach der übereinstimmenden Auffassung aller Parteien Deutschlands können Verhandlungen nicht anders geführt werden als zu dem Ziel, die Räumung der neubefestigten Gebiete zu erreichen. Das vertragsmäßige Pfand für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen ist im Friedensvertrag genau bezeichnet; die neubefestigten Gebiete gehören nicht zu ihm. Das ist der klare Rechtsstandpunkt, den jede deutsche Regierung, mag sie noch so verhandlungswillig sein, vertreten muß und den keine aufgeben kann. Würde ihm nicht Rechnung getragen, so wären alle Verhandlungen zum Scheitern verurteilt und das Schicksal Europas, in Anarchie zu verfallen, wäre damit besiegelt.

So scharf unser Berliner Parteiorgan den französisch-belgischen Standpunkt ablehnt, so dringend fordert es, daß Deutschland den Ruhrkrieg durch ein offenes Reparationsangebot zu beenden suche. Das Ergebnis der Pariser Beratungen sei, daß die Ruhraktion solange fortgesetzt werden solle, bis Deutschland sich entschließt, unmittelbare Vorschläge für die Bezahlung der Reparationen zu machen. Aus früheren Veröffentlichungen wissen wir, daß die französische und die belgische Regierung ihren ursprünglichen Standpunkt, solche Vorschläge müßten ausschließlich an ihre Adresse gerichtet sein, aufgegeben haben und damit einverstanden sind, daß Deutschland mit seinen Vorschlägen an alle Alliierten geht. Von einer Ausschaltung Englands ist nicht mehr die Rede, im Gegenteil hat die Reife Loucheurs die Gefahr gezeigt, daß sich Frankreich und England abermals untereinander einigen könnten ohne Mitwirkung Deutschlands und zu dessen schwerem Nachteil.

Was folgt daraus? Der Zeitpunkt ist gekommen, an dem die deutsche Regierung erklären und durch die Tat beweisen muß, daß sie jederzeit und sofort bereit ist, an der Lösung des Weltfinanzproblems aktiv mitzuwirken! Sie muß beweisen, daß Deutschland weder geistliche Anstrengungen, noch materielle Opfer scheut, um einen Zustand herbeizuführen, der für alle erträglich ist. Eine solche diplomatische Initiative in diesem Augenblick würde die beste Aussicht bieten, den künftigen Zustand auch für Deutschland erträglich zu gestalten.

Verhandlungen, die in der nächsten Zeit zustande kämen, würden gewiss an diejenigen, die sie führen, hohe Anforderungen stellen, aber wenn ihnen genügt wird, dann sind auch die Aussichten gar nicht ungünstig. Durch die Erstattung präzisierender und vernünftiger Vorschläge könnte das Ansehen Deutschlands nur gesteigert werden, und auch eine Regelung der politischen Fragen, die mit den wirtschaftlichen unlöslich verbunden sind, wäre dadurch erleichtert.

Jetzt, gerade jetzt an den Verhandlungsstrich zu gehen, das ist ein Gedanke, der Mutige reizen, Furchtsame freilich auch erschrecken kann. Aber wohin führt eine Politik, die es an der ern überläßt, mutig zu sein? Unter Cuno's Regierung sind die Franzosen einmarschiert. Wir haben ihm daraus keinen Vorwurf gemacht. Aber wir würden gern, und gern bald sehen, wie und unter welchen Umständen sie wieder abmarschieren. Dann erst wird ein Urteil über die staatsmännlichen Fähigkeiten der gegenwärtigen Regierung gefällt sein!

Poincarés neueste Rede.

Bei der Enthüllung seines Kriegedenkmals in Lunikowen hielt Poincaré eine Rede, in der er sich

ausführlich mit dem Reparationsproblem und mit der Besetzung des Ruhrgebietes befaßte. Nachdem er die bekannten Vorwürfe gegen Deutschland wegen Verfehlungen gegen den Versailler Vertrag wiederholt hatte, erklärte er, Frankreich werde die Pfänder nicht gegen einfache Versprechungen herausgeben und sich aus dem Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der von Deutschland geleisteten Zahlungen zurückziehen. Er gab an, daß die Stimmung in Amerika und England sich immer günstiger gestaltet habe. Frankreich denke niemand zu erdroffeln, es wolle sich nur bezahlt machen und vor einem finanziellen Zusammenbruch bewahren. Sodann wandte er sich gegen den Vorwurf imperialistischer Bestrebungen und erklärte unter Hinweis auf die französische Revolution, niemand könne glauben, daß daselbe Frankreich den tollen Gedanken hege, fremde Völker zu unterjochen und sich Gebiete gegen den Willen der Bewohner anzueignen. Sodann wandte er sich gegen Kritiken, die in Frankreich selbst an dem Ruhrunternehmen oder der Art seiner Ausführung geübt würden. Er betonte, das Unternehmen werde progressiv entwickelt und das Programm durchgeführt werden. Vergeltlich werde Deutschland von Frankreich auch nur eine einzige Minute des Schwankens erwarten. Frankreich werde durchhalten und bis zum Ende fortschreiten, um einen dauerhaften Frieden und Frankreichs Wiederherstellung zu erreichen.

Die deutschen Januar-Vorschläge.

Die Frage, ob der deutsche Vertreter in Paris ermächtigt war, der Pariser Januar-Konferenz schriftliche Vorschläge zu unterbreiten, bildet im Auslande noch immer den Gegenstand von Zweifeln. Nach dem heute vom Wolff-Bureau veröffentlichten damaligen Telegrammwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und der deutschen Botschaft in Paris war der deutsche Botschafter am 31. Dezember 1922 telegraphisch angewiesen worden, baldmöglichst unter Hinweis auf die selbsten Tage in Hamburg gehaltene ausführliche Rede des Reichskanzlers über die Reparationsfrage der französischen Regierung offiziell mitzuteilen, daß die deutsche Regierung in enger Einvernehmen mit den maßgebenden Vertretern des deutschen Wirtschaftslebens seinen Plan ausgearbeitet habe, zu dessen Durchführung die Unterstützung der deutschen Wirtschaft, namentlich der Bauwelt und Industrie, gesichert sei. Der Botschafter sollte hieran das Ersuchen knüpfen, daß einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit gegeben werde, diesen Plan der Pariser Konferenz zu unterbreiten und mündlich zu erklären. Auf diese Instruktion teilte der deutsche Botschafter in Paris am 1. Januar mit, daß er, da Poincaré durch die Senatsbesatzung, das Reichstagsparlament und andere Geschäfte nicht abkömmlich sei, seinen Auftrag bei Peretti vollzogen habe. Dieser habe sich die Mitteilung notiert, um sie an Poincaré weiterzugeben und erklärt, die Tatsache des Einvernehmens mit den maßgebenden Vertretern des deutschen Wirtschaftslebens sei sehr wichtig. Am selben 1. Januar ermächtigte das Auswärtige Amt Bergmann telegraphisch auf Wunsch, die finanziell-technische Seite des deutschen Planes in Form eines Hilfs-Memoires schriftlich vorzulegen. Am 2. Januar kam von dem inwärtigen in Paris eingetroffenen Bergmann die erste Drahtmeldung, wonach wenig Aussicht bestünde, daß er über den deutschen Plan gehört werde, evtl. würden die Franzosen Deutschland anheimstellen, schriftliche Vorschläge einzureichen. Damit laßt zum ersten Male die Realität auf, daß Bergmann überhaupt nicht zur mündlichen Erläuterung zugelassen, dafür aber zur bloßen Einreichung der schriftlichen Vorschläge aufgefordert werden konnte. Mit Drahterlaß vom 3. Januar wurde dementsprechend der deutschen Botschaft in Paris der Text einer ansumfassenden Mitteilung übermittelt, die je nach dem weiteren Verlaufe entweder von Staatssekretär Bergmann oder vom Botschafter selbst überreicht werden sollte. Ein endgültiger Entwurf sollte, wie der Drahterlaß mitteilte, im Falle der Aufforderung zur Ueberreichung eines schriftlichen Vorschlages noch telegraphiert werden. Wie bekannt, ist aber weder der Botschafter noch Staatssekretär Bergmann weder zur schriftlichen Vorlage noch zum mündlichen Vortrag der deutschen Vorschläge zu der Pariser Konferenz zugelassen worden.

Die Beratungen über das Memelstatut verlagert.

Die seit Wochen von der Botschafterkonferenz in Paris geführten Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Statuts für das Memelgebiet, an denen außer Vertretern der litauischen Regierung eine Vertretung des Memelgebietes, bestehend aus Deutschen und Litauern, beteiligt war, sind heute auf unbestimmte Zeit, jedenfalls aber bis nach den Wahlen in Litauen verlagert worden. Dem Vernehmen nach ist eine Einigung über die meisten auf die Autonomie des Memelgebietes bezüglichen Punkte erzielt worden, jedoch konnte sich die Botschafterkonferenz mit den Vertretern der litauischen Regierung nicht über die Einsetzung einer internationalen Vollkommission einigen, ebensowenig konnte in wichtigen Finanzfragen betreffend das Memelgebiet eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Die „Petit Parisien“ teilt mit, daß in der von der Botschafterkonferenz eingesetzten aus Vertretern der alliierten Großmächte, Litauens und Memels bestehenden Unterkommission zur Regelung des Memel Statuts über eine große Anzahl von Artikeln eine Verständigung erzielt worden. In einigen Punkten dagegen, namentlich in der Frage der Hafenverwaltung und des Durchgangsverkehrs auf der Memel ist keine Einigung zustande gekommen. Die Vertreter Litauens und Memels geben den Wunsch geäußert,

mit ihren Auftraggebern Fühlung zu nehmen. Hinsichtlich des Verkehrs auf der Memel liegen Forderungen Polens vor. Unter diesen Umständen ist beschlossen worden, die Verhandlungen vorläufig auszusetzen.

Die neue Mehrheitsbildung in Polen.

In politischen Kreisen werden die Äußerungen des Senatsmarschalls Trompczynski im „Kurjer Polski“, die auch von uns wiedergegeben, der sich sehr pessimistisch über eine neue Mehrheitsbildung aussprach, lebhaft kommentiert. Man vermutet hinter den Äußerungen Trompczynskis die Opposition der Großagrarien der Nationaldemokraten gegen das Kompromiß, das von Seiten der Partei mit Witos in der Frage der Agrarreform eingegangen wurde.

In Kreisen der polnischen Linksparteien nimmt man an, daß das Zusammengehen der Witospartei mit den Rechtsparteien nur eine neue Krise heraufbeschwört, daß aber dieser Block keinen Bestand haben würde. Ueber die Stellung, die der Ministerpräsident Sikorski gegenüber dieser Blockbildung einnimmt, liegen keine tatsächlichen Meldungen vor. „Nasz Przegląd“ meldet bereits eine vorläufige Umbildung des Kabinetts und nennt Witos als Ministerpräsident.

Polnischer Gesandtenwechsel in Berlin.

Der Gesandte Madejski wird sich in den nächsten Tagen nach Berlin begeben um der deutschen Regierung sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Die polnische Regierung hat angefragt, ob der deutschen Regierung Kasimir Diczewski (bisher Leiter der polnischen Delegation bei den deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden) als polnischer Gesandter in Berlin genehm wäre.

Amerikanischer Brief.

Aus Washington wird geschrieben: Der 67. Kongreß ist soeben zum Schluß gekommen, und zwar unter den üblichen Giesbüschen oratorischen Leistungen, die entsprechend den besondern parlamentarischen Gewohnheiten dazu bestimmt sind, jegliche Versuche, in letzter Minute noch Beschlüsse durchzubringen, zu inhibieren. Aber es bleibt mehr als fraglich, ob ohne diese Leistungen der Dekonstruktion der „Billboard“ (Freibühnen), wie man sie nennt, das vom letzten Kongreß erreichte sich wesentlich bedeutsamer ausgenommen hätte. Er hat sich, gemessen an seinen Aufgaben, als unzulänglich erwiesen denn die Mehrzahl der früheren Kongresse. Er hat in nichts beigetragen zur Lösung der großen inneren Fragen auf wirtschaftlichem Gebiet, zu denen in erster Linie die der Eisenbahnen und des Kohlenbergbaus gehören und die nur durch die zeitweilige Belegung des Geschäfts ein wenig in den Hintergrund gedrückt sind. Die Entscheidung in der Einwanderungsfrage ist nur verhängt worden. Zur Erleichterung der Lage der Landwirtschaft ist in letzter Stunde ein Stück Kompromißgesetz angenommen worden, das die Regierung zu einer Art von Finanzhilfe verpflichtet, die das Verhältnis der Regierung zum privaten Kredit sehr kompliziert und vielleicht gar keine Arbeitsmöglichkeit bietet. Und hinsichtlich der erschreckend ernstesten Probleme der auswärtigen Politik hat der Kongreß nicht einmal einen Versuch unternommen, um zur Klärung des wirtschaftlichen Chaos in Europa beizutragen, das in vieler Beziehung schuld ist an der Misere der Farmer.

Die ganze Session stellt sich dar als ein langer und kostspieliger Kampf zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen um die Oberhand und als ein Wandern zwischen schließlichen im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen von 1924. Es ist bedauerlich kein Wunder, daß das Land und besonders die Handels- und Industriekreise, die die ganze Zeit über wegen dieser oder jener Bill, die sie bezogen, auf dem Beobachtungsposten gelegen sind, einen fast Förmlichen Seufzer ausstießen, als damit endlich ein Ende war. Harding, der die wachsende Unzufriedenheit über seine Administration wohl zu spüren bekommen hatte, entschloß sich dafür, daß Vorrat der bessere Teil der Lawferkeit sei und kündigte an, daß er während dem Ende des letzten Kongresses und dem Inkrafttreten des neuen im Dezember keine Erntefeststellung ansprechen werde.

Somit werden die Vereinigten Staaten, was die Tätigkeit des Kongresses anbelangt, eine Ruhezeit erleben; wenn aber man auch die legislativen Neuerungen aufhören, so heißt das noch nicht, daß damit die politische Tätigkeit überhaupt aufhöre oder die großen Probleme weniger vorrangig wären. Für den Politiker, im verrufenen wie im besten Sinne, wird eine lebhaftige Kampagnezeit beginnen — eine Zeit, während welcher die Interessengruppen ihre Kräfte neu ordnen und die Mittel ansammeln werden für die im Dezember wieder entbrennenden offenen Kämpfe.

Die Präsidentschaftswahlen sind nicht mehr abzufernen. Zweielllos wird eine Neuordnung der politischen Kräfte bald angeht und durchgeführt werden, und zwar dürfte diese Neuordnung, die von dem radikalen oder progressiven Flügel der republikanischen Partei ihren Ausgang nimmt, zur Bildung einer Art von dritter Partei führen. Diese Elemente und die demokratische Partei werden im neuen Kongreß weit stärker vertreten sein als im letzten und eine neue Zusammenfassung der regierungsmässigen Kräfte möglich machen. Mit dem nächsten in der Ferne liegt die Wahl von Präsidentschaftskandidaten für 1924.

Danziger Nachrichten.

Die ritterlichen Polen.

Solange Polen selbst ein unterdrücktes Volk war und namentlich in Rußland eine Behandlung erfuhr, die es wiederholt zu blutigen Aufständen trieb, erfreute es sich der Sympathie aller freiheitlich Denkenden. Durch die grausame Unterdrückungspolitik des wiedererstandenen Polen hat es sich diese Sympathie jedoch längst verlernt. Der Kampf der Warschauer Machthaber gegen alles, was sich nicht rabfkal polnisch gebärdet, übertrumpft noch die verächtlichsten russischen Unterdrückungsmethoden.

Zurzeit gilt Polens Kampf den sich innerhalb der polnischen Grenzen befindlichen Staaten Polen, das sich vorwiegend ehemals russische Staatsangehörige, denen die polnische Staatsangehörigkeit verweigert wird. Wie wir bereits berichtet haben, werden diese Personen, Männer, Frauen und Kinder, in großen Scharen abgeschoben, und zwar nach Danzig. Die polnischen Behörden geben diesen Leuten keine vollständigen Ausweispapiere, sondern nur einen sogenannten *Wahrscheinlichkeitschein*, auf dem u. a. die Angabe des Staatsangehörigkeitsfehls, da jeder andere Staat diesen Personen die Einreiseerlaubnis verweigert, bleiben sie in Danzig, wodurch die Verhaftung von Wohnung und Arbeit für die einheimische Bevölkerung erschwert wird. Denn auch Nordamerika nimmt die Ausgewiesenen nicht auf, da das Kontingent erreicht ist.

Danzig bedankt sich für diesen Zuang und befördert alle Personen, die mit solchen Abschiebescheinen angetroffen werden, sofort nach Dirschau zurück. Die polnischen Behörden mißhen die Angehörigen wieder nach Danzig aus. So ist es vorgekommen, daß einzelne Personen vier- bis fünfmal hintereinander von Dirschau nach Danzig kamen und von hier sofort wieder zurückgebracht wurden. Gegen ein solches Verfahren erhoben die Danziger Behörden bei dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig energischen Protest, worauf dann zugesagt wurde, daß derartige Ausweisungen unterbleiben sollen. Die Dirschauer Behörden kümmern sich jedoch nicht darum, anschließend auf Befehl von Warschau, und setzen die Ausweisungen fort. Die Dirschauer haben sich sogar einen Extra-Stempel „Zurück nach Danzig“ zugelegt. Danzig ermahnt deshalb, die Passkontrolle nicht mehr wie bisher im Zuge, sondern in Höhefeld vorzunehmen. Auch die D-Züge sollen hier angehalten werden, was für den Reiseverkehr sicherlich keine Erleichterung sein dürfte. Polen hat auch bisher keine Anstalten gemacht, um die im § 17 des Abkommens vom 24. Oktober 1921 eingegangene Verpflichtung, die Behörden zu nennen, welche zur Ausstellung von Pässen berechtigt sind, zu erfüllen.

Das südtürkische Hilfskomitee „Sias“ hat sich in großzügiger Weise der Emigranten angenommen, ist aber zurzeit nicht in der Lage, die Heimatlosen weiterzubefördern.

Am Freitag kam wieder ein solcher Transport, etwa 100 Personen, darunter viele Frauen und Kinder, in Danzig an. Unter den Kindern befanden sich 24 Vollwaisen, 11 a. auch eine Mutter, die erst vor 14 Tagen geboren hatte, alte Männer, die kaum noch gehen konnten. Der Aufzug bot ein Bild des Jammers und Elends.

Die Danziger Behörden wollten die Leute noch am selben Tage zurücksenden. Es kam dabei auf dem Hauptbahnhof zu aufsehenerregenden Szenen. Mehrere Frauen fielen in Ohnmacht, als ihnen erklärt wurde, daß sie nach Dirschau zurückgebracht werden sollten. Andere Frauen und Kinder klammerten sich an die Geländer und brachen in ein wütendes Geschrei aus. Die Abschiebenden bekamen kein Kraut, weshalb die Bahnbeamten den Transport nicht auf den Bahnfreig bringen ließen. Eine große Menschenmenge wohnte dem betäubenden Schauspiel bei und geriet in große Erregung, weil man die Ursache des Transportes nicht kannte. Gerüchte, wonach die Unglücklichen unter betrüblichen Versprechungen durch Agenten nach Danzig gelockt worden seien, entbehren jeder Grundlage. Diese alten Männer und die Frauen und Kinder sind Opfer der polnischen Ausweisungspolitik. Die Vertriebenen wurden schließlich nach dem Auswandererlager gebracht, wo sie, da sie vollständig mittellos sind, der Dessenlichkeit zur Last fallen. Polnischen Nachrichten zufolge sollen noch etwa 2400 Personen nach Danzig abgeschoben werden.

Die freie Angestelltenbewegung.

In der Angestelltenbewegung nimmt die Erörterung über die vorteilhafteste Organisation für die Angestellten einen breiten Raum ein. Sehr zu ihrem eigenen Schaden sind gerade die Angestellten in viele Verbände zersplittert, was auf den Umstand zurückzuführen werden kann, daß sich die Angestellten erst spät darüber klar wurden, daß nur der einheitliche Zusammenschluß geeignet ist, ihre Interessen wahrzunehmen. Diejenigen Verbände, die noch kurz vor dem Kriege und während desselben im harmonischen Verhältnis zu den Arbeitgebern standen, haben wohl ihre äußere Form, nicht aber ihre Grundtendenzen geändert. Noch heute wollen diese bürgerlichen Harmonieverbände, wie der D.V.B., der D.M.A., der G.D.A. und andere, eine Interessengemeinschaft zwischen Angestellten und Prinzipalen konstruieren, weshalb sie sich auch nicht scheuen, Arbeitgebermitglieder in ihren Reihen zu dulden.

Im Gegensatz dazu vertritt die freie Angestelltenbewegung, insbesondere der Zentralverband der Angestellten, den Standpunkt, die Angestellten müssen in richtiger Erkenntnis ihrer Lage es ablehnen, gemeinliche Sache mit den Unternehmern zu machen. Nur der ohne irgendwelche Rücksichten für die Interessen der Angestellten geführte Kampf ist geeignet, die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten zu bessern. In dieser Beziehung geht der Zentralverband der Angestellten führend voran. Er hat den weitestgehenden Teil der Tarifabschlüsse für die männlichen und weiblichen Angestellten gestiftet. Auf sozialpolitische Gebiete sind alle Verbesserungen, deren sich die Angestelltenschaft erfreut, auf sein Wirken in vorbildlicher Kampflinie zurückzuführen. Er besitzt aber auch die besten Ausgabemittel unter Nutzung seiner Einrichtungen für seine Mitglieder. Während die Mitglieder der Harmonieverbände erst nach zweijähriger Mitgliedschaft die Unterstützungseinrichtungen ihrer Verbände in Anspruch nehmen können, steht das den Mitgliedern des D.V.B. bereits nach einjähriger Mitgliedschaft zu. Antike Statistiken haben einwandfrei festgestellt, daß in den einzelnen Berichtsperioden der D.V.B. weit mehr Mitglieder mit einem übermässigen Betrage unterstützt als alle bürgerlichen Verbände zusammengekommen. Der D.V.B. hat für seine

Mitglieder auch eine eigene Krankenkasse, die in ihren Leistungen gegen keine andere gleicher Art zurückbleibt.

Sehr zur Steigerung seiner Schlagkraft trägt es bei, daß der D.V.B. mit anderen freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden im Allgemeinen freien Angestelltenbund (A.F.-Bund) zusammengeschlossen ist, der seinerseits wieder im Kartellverhältnis mit der größten Spitzenorganisation, dem A.D.G., steht. Im Kampf um den wirtschaftlichen Sozialismus, den durchzuführen sich die freie Gewerkschaftsbewegung zum Ziel gesetzt hat, spielt also auch der D.V.B. eine wesentliche Rolle. Auch sein besonderes Ziel ist es, die Angestelltenschaft von den Ungezähmtheiten der kapitalistischen Wirtschaftsform zu befreien.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig-Stadt.

Dienstag, den 17. April, abends 7 Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, an der großen Mühle
Große Funktionär-Verammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. Rau über „Die nächsten Aufgaben der Partei“.
2. Besprechung der Waiserei.

Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht. Nach Schluß der Sitzung Zusammenkunft aller Parteimitgliedsmitglieder.

Mitgliedsbuch oder Ausweis sind mitzubringen.

Der Landesvorstand.

Die Ueberlegenheit des D.V.B. gegen die Harmonieverbände ist also augenscheinlich. Die männlichen und weiblichen kaufmännischen und Bureauangestellten haben deshalb alle Ursache, ernsthaft den Gedanken zu erwägen, ob sie nicht am tun, durch ihren Eintritt in den D.V.B. dessen Wirksamkeit zu steigern. Je einheitlicher die Angestellten in der freien Gewerkschaft, dem Zentralverband der Angestellten, zusammengefaßt sind, um so einheitlicher und erfolgreicher können ihre Interessen wahrgenommen werden.

Bildung eines Steuergerichts.

Durch eine Verordnung des Senats wird bestimmt, daß beim Landessteueramt am 1. Juli ein Steuergericht gebildet wird. Dazu werden insgesamt 24 ehrenamtliche Mitglieder und Vertreter gewählt, und zwar durch die Organe der kommunalen Selbstverwaltung. Es entfallen auf Danzig 12, Zoppot 3, auf die 3 Landkreise je 3. Die ersten Wahlen sind bis zum 10. Mai vorzunehmen. Auf die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder und ihrer Vertreter für Aufwand und entgangenen Arbeitsverdienst finden die Bestimmungen Anwendung, die jeweils für die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen gelten.

Die letzte Schwurgerichtstagung

Beschäftigte sich mit einem Verbrechen gegen § 219 des Strafgesetzbuches. Angeklagt waren die Hebamme Ella Lutoski und der Kaufmann Otto Dornose. Die erstere wurde beschuldigt, gegen Entgelt einen unerlaubten Eingriff vorgenommen und dadurch den Tod der behandelten Person verursacht zu haben. Der Mitangeklagte soll der Verstorbene, einer Kontoristin, den Rat zur Abtreibung gegeben haben. Seit Dezember v. J., die Tat geschah im November, befindet sich die Angeklagte Lutoski in Untersuchungshaft. Die Hebamme hat schon zweimal unter ähnlicher Anklage vor dem Schwurgericht gestanden, wurde jedoch jedesmal freigesprochen. Unter der Einwirkung der Haft, hat sie einen Selbstmordversuch gemacht, der jedoch mißlang. Sie wurde aus dem Städtischen Krankenhaus vorgeführt. D., der verheiratet ist, war nur kurze Zeit in Untersuchungshaft und befand sich auf freiem Fuß. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete gegen die angeklagte Hebamme auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte D. wurde zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.

Die Anerkennungsgelder der städtischen Tiefbauverwaltung sind durch einen Senatsbeschluss vom 1. April 1923 ab auf das 100fache des Friedenswertes erhöht worden.

Grundstücksverpachtungen. Von der ehemaligen Trainfabrik sollen das Stallgebäude und die Reitbahn, am Koblenzriedberger Weg gelegen, sowie das Wagenhaus B ganz oder teilweise gegen Wohngebot verpachtet werden. Das Fortamt kehrt wieder bei Otto Jost vom 1. Juli 1923 auf 12 Jahre gegen Preisgebot in Szentur Roggen verpachtet werden.

Die städtische Rechtsanwaltsstelle hat im Monat März an 289 Personen Auskunft erteilt. Die Rechtsanwaltsstelle befindet sich in der Plebenstraße, Flügel 1 D, Eingang Poggendorfstr. 2. Obergeschoss, u. a. in wochentags von 10^{1/2} bis 14 Uhr geöffnet.

Im Erdgeschoss einer Markthalle auf der Niederstadt. Seit Jahr und Tag bemühen sich die Bewohner der Niederstadt um die Errichtung einer Markthalle, ohne bisher etwas erreicht zu haben. Der Senat trifft keine Vorkehrungen, in den vielen vom Reiche übernommenen Gebäuden auf der Niederstadt eine bestehende Markthalle zu errichten, so daß die Hausfrauen den weiten Weg zur Altstadt machen müssen, um dort Lebensmittel usw. einzukaufen. Ebenso müssen die Randwirte mit ihren Erzeugnissen nach dem altstädtischen Markte fahren. Um eine Verbesserung der Marktsituation auf der Niederstadt herbeizuführen, wird demnächst eine größere Veranstaltung dabeist einberufen werden, um eine Änderung herbeizuführen. Noch fehlt es nicht an leeren Räumen in leerstehenden städtischen Gebäuden. Es muß nur alter rehandelt werden!

Statt Lohnerhöhung - Verhöhnung.

Ein Schicksal für die Schöffen.

Auch für die Belegschaft der Schöffen-Werke war von den zurückliegenden Gewerkschaften Anfang März eine Lohnforderung zum Ausgleich der Lohnerhöhung gestellt worden. Die Firma lehnte sowohl eine Lohnerhöhung wie auch jede Verhandlung ab. Der darauf von den Gewerkschaften angereichte Schlichtungsausschuss hatte dieser Tage nun über die Lohnforderung zu entscheiden. Sein Spruch geht dahin, daß die bisherigen Löhne und Lohnerhöhungen bis auf weiteres bestehen bleiben sollen. Die Begründung dieser Entscheidung liegt im wesentlichen mit der bereits mitgeteilten Entscheidung für die Werft. Beachtenswert sind nur folgende Stellen: Haben sich die Arbeiter der Firma Schöffen in der zweiten Hälfte des Monats Februar, somit zu einer Zeit, als die Löhne im Steigen begriffen war, sowie auch im Monat März mit den Löhnen zufrieden gegeben, so ist bei sinkender Preissteigerung jede Lohnforderung unangebracht. Wenn die Produkte aller Art durch erhöhte Löhne für die Arbeiterleistung in ihrem Werte immer wieder herabgeschraubt werden, so wird man niemals zu einer angemessenen Preissteigerung gelangen, die sich jetzt im allerersten Stadium befindet. Dazu kommt aber auch, daß die Forderung der Arbeitnehmerorganisationen nicht als ernst erscheint. Zunächst hat die Firma Schöffen seit Juni 1920 alle Lohnhöhen mit ihrer Arbeiterkraft auf gutem Wege beigelegt, und die Arbeiterkraft hat niemals zur Durchsetzung der Forderungen den Schlichtungsausschuss angerufen. Sodann ist der Antrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes am 28. März gestellt, somit zu einer Zeit, als der Antrag der Danziger Werft auf Lohnabbau bereits eingegangen war. Da die Gewerkschaften von diesem Schritt der Werft zweifellos unterrichtet waren, so ist die Annahme begründet, daß der Antrag auf Lohnerhöhung bei der Firma Schöffen lediglich zu dem letzten Zweck gestellt worden ist, um dem von der Danziger Werft beschlossenen Lohnabbau den Boden zu entziehen.

Zu diesem hochwillkürlichen Schlichtungsspruch haben die Arbeiterkraft in einer großen Betriebsversammlung Stellung genommen. Ein Antrag wurde folgende Entschädigung angenommen: Die Arbeiterkraft der Firma Schöffen nimmt Kenntnis von dem Schlichtungsspruch des Schlichtungsausschusses vom 6. April 1923 und lehnt ihn ab. Sie erhebt gegen die Verhöhnung der Arbeiterkraft der Firma Schöffen, wie sie durch die Begründung des Vorsitzenden Dr. Dormeyer zum Schlichtungsspruch erfolgt ist, scharfen Protest. Der derzeitige Vorstand hat offenbar keine Kenntnis von der traurigen Lebenslage der Schöffenarbeiter, wenn er erklärt, daß die Forderungen der Schöffenarbeiter leichtfertig aufgestellt sind und nicht ernst genommen werden können. Die Art, wie der Vorsitzende im Namen des Schlichtungsausschusses handelt, muß das Vertrauen der gesamten Arbeiterkraft hervorgerufen. Die Arbeiter von Schöffen erheben alle Gewerkschaftsrichtungen, sich mit der Spruchweise des Schlichtungsausschusses zu beschäftigen und erst, die Konsequenzen zu ziehen. Die Arbeiter geloben, sich in den Gewerkschaften zu sammeln, damit zu den nächsten Wahlen nicht noch die amtliche Verhöhnung kommt. Um diesem Protest Nachdruck zu geben, wird einstimmig beschlossen, keine Ueberstunden zu machen.

Im Zusammenhang mit Lohnhöhen auf der Danziger Werft und bei Schöffen entstand eine scharf sehr interessierte Stelle dieser Tage ihren Herzer in der deutschen „Allgemeinen Zeitung“. Es wird dort in wüßtester Weise getobt gegen die Arbeiterkraft im allgemeinen und gegen die Gewerkschaften im besonderen. Besonders hat es dem Schreiber die Verweigerung der Ueberstunden angetan. Es heißt da, daß die beiden Betriebe Arbeit in Hülle und Fülle hätten und im Freizeit keine Facharbeiter auszubilden wären. Diese Behauptungen sind mit der Wirklichkeit durchaus nicht im Einklang zu bringen. Denn das Gegenteil ist wahr. Die Werft hat in den letzten Wochen mehrfach Entlassungen von Facharbeitern vorgenommen, und außerdem befindet sich unter den mehreren tausend Arbeitlosen, die jetzt wieder in Danzig vorhanden sind, eine größere Zahl Facharbeiter, sowie auch angelernte Arbeiter, die ohne weiteres für Facharbeiten zu verwenden sind. Der Werft sind auch mehrfach Arbeitskräfte zugewiesen worden, doch wurden diese häufig aus wichtigen Gründen abgewiesen. Es ist also aufgetragener Schwindel, der in dem fraglichen Artikel verpackt wird. Solche Artikelströmen werden dann über die Arbeiter verossen, die sich die glänzende Gelegenheit entgehen lassen, durch Ueberstunden-Schleichen ihren Verdienst zu erhöhen. Es ist ja verständlich, daß einem eingeschuldeten Betriebsleiter kapitalistischen Wirtschaftsinstitutes der sittliche und kulturelle Inhalt des Achtstundentages abgehen. Schützen bis zum Verrecken, was aus der Gesundheit und der Familie wird, ist Nebensache. Die einmütige Ablehnung der Ueberstundenarbeit zeigt eben, daß die Arbeiterkraft durchaus nicht mehr nur auf das rein Materielle eingestellt ist, sondern trotz aller Bedrängungen und des kapitalistischen Anreizes die schwer errungenen kulturellen Fortschritte zu wahren weiß.

Besonders äbel wird es uns von dieser Seite auch vermerkt, daß wir die proletarischen Sonntagsgärtner für alle aufforderten, neben ihrer notwendigen und nützlichen Beschäftigung ihre Pflichten in Partei und Gewerkschaften nicht zu vernachlässigen. In plumper demagogischer Weise fällt man diese durchaus harmlose Mahnung um und behauptet, wir hätten die Genossen gewarnt, sich einen Ader zu packen, weil sie sich hierdurch ihre Lebenshaltung verbessern und aufrieden werden, was zur Folge hätte, daß die Arbeiter aus den Organisationen austreten. Wer sich so bemüht mit der Lüge einzulassen, kann nicht erwarten, daß er ernst genommen wird. Diese niedrigen Forderungen sollen dem dienen, um die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung verächtlich zu machen, und darum erhebt das erbärmliche Elend unter der Uebermacht „Arbeiterfreunde“. Es ist schon immer sehr bedenklich, wenn diese Leute versuchen, sich als die wahren Arbeiterfreunde aufzuspielen. Mit solchen Mitteln ist das natürlich nicht möglich, und auch die großartigsten Wahrheitsverdrehungen haben so keinen anderen Zweck, als die Arbeiter der modernen Arbeiterbewegung abträglich zu machen, um sie noch fetter als früher an die Kasse nehmen zu können. Schließlich weiß auch der Dumme unter der Arbeiterkraft, was er von der demagogischen „Volksbeglückung“ und von der „Arbeiterfreundschaft“ der Unternehmer zu halten hat.

Ein Artikel des Kreis Danziger Höhe findet am Mittwoch, den 11. April, vorm. 10 Uhr, im Sitzungssaal des Kreishauses mit nachstehender Tagesordnung statt: Erörterung der Angelegenheit betr. die Volkshaus und den Kreis Danziger Höhe; Erlass eines zweiten Nachtrages zur Satzung der Kreispartei; Beschlußfassung über den Antrag des Kreisparteiassistenten Riedel auf Verlegung in den Ruhestand; Beschlußfassung über die Höhe der Dienstwundentschädigung des Vorsitzenden des Kreisparteiassistenten; Feststellung von Haushaltsplänen.

Danziger Nachrichten.

Tagung der Holzmagnaten.

Im Danziger Wirtschaftsleben nimmt der Holzhandel und die Verarbeitung von Holz eine bedeutende Rolle ein. Darum muß der am Sonntag abend stattgefundenen Tagung der im Verband der Holzindustriellen Danzig-Pommernellen zusammengeschlossenen Sägewerksbesitzer und Holzhändler aus Danzig und Pommernellen eine gewisse Beachtung geschenkt werden. Abgesehen vom allgemeinen Interesse der Arbeiterschaft an der Entwicklung des Wirtschaftslebens auch deswegen, weil man sich mit der Stellung des Arbeitgeberverbandes zu den Lohnträgern beschäftigte. Allerdings war man in der öffentlichen Behandlung dieser Frage sehr zurückhaltend. Der Vizepräsident, ein Herr Richter, begnügte sich im großen und ganzen mit der rein zahlenmäßigen Aufzählung der Erträge der Wälder, wie sie durch die Geldbewertung bedingt war. Er behauptete, daß die Wälder nach dem Friedensstande und der jetzigen Feuerungsanzahl zu hoch seien, wobei er natürlich unberücksichtigt ließ, daß die Feuerungsanzahl nur als sehr unvollkommener Wertmesser der Feuerung angesehen werden kann. Ganz allgemein behauptete er ferner, daß die Arbeitsleistungen zurückgegangen seien, wobei er es allerdings nicht für notwendig hielt, diese oberflächliche Feststellung durch stichhaltiges Material zu belegen. Dann kam der bekannte Hinweis auf die Konkurrenzunfähigkeit Danzigs, weil die benachbarten Säsen Steintin und Königsberg niedrige Löhne hätten und auch die Sägewerke in Pommernellen billiger arbeiteten. Das ganze klang aus in die an die Adresse der Gewerkschaften gerichtete Mahnung: Verständnis für die Anpassung an die Erfordernisse der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse aufzubringen! Die oben skizzierten Wendungen des Vortrages und die bisherigen Erfahrungen lassen jedoch erkennen, daß diese Mahnungen von ihren Verfassern zunächst erst selbst dringend befolgt werden müssen. Der Vortrag löste keine Diskussion aus.

In einem ausführlichen Referat behandelte Senator und „Holzkönig“ Fewelowski die „Allgemeine Wirtschaftslage“, wobei er besonders auf die Marktlage im Holzhandel einging. Er bezeichnete eine Senkung der Rundholzapreise für unbedingt erforderlich. Die Bretterpreise könnten dagegen nicht weiter heruntergeleitet werden!! Eine Spekulation mit Holz sei verwerflich. Das von Polen jetzt erlassene Ausfuhrverbot für Rundholz sei im Interesse der Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter zu begrüßen und werde der Danziger Senat keinen Einspruch dagegen erheben, obwohl es dem Handel Einschränkungen auferlege. Das Ausfuhrverbot sei auch von den Gewerkschaften gefordert. An der Ausfuhr wurde nur auf das Ausfuhr-

verbot eingegangen und dasselbe gutgeheißen. Die übrige Tagesordnung brachte nur kleinere Sach- und Organisationsfragen.

Ueber Situations und die Konzentration des Kapitals spricht der bekannte Wirtschaftsgenosse E. Graf-Stüttgen in einer allgemeinen Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die „Freien Sängereisen“ nur mit Buch. Für Funktionäre der freien Arbeiterbewegung mit besonderer Karte, die im Bureau zu haben ist. Der Besuch dieses hochwichtigen Vortrages ist allen tätigen Gewerkschaftsmitgliedern dringend zu empfehlen.

Programmwechsel im Wilhelm-Theater.

Im Wilhelm-Theater ging gestern die neue Operette „Dieses-Diplomaten“ in Szene. Das bessere Lebenswährige Stück mit seinen lustigen Verwicklungen hatte freundlichen Erfolg. Man lächelt viel über einen alten Junggesellen, den zwei Frauen gerne betreten möchten, und den auch schließlich die eine bekommt, allerdings erst nach einigen Hindernissen und Mißverständnissen. Ein junger Scherzliebhaber und Herzensbrecher wird auch in der Ehefalle gefangen von einem reichlichen, schelmischen Mädchen, der Nichte des Junggesellen. Ernst Stieberitz hat eine hübsche Musik dazu geschrieben, sehr temperamentvoll und nett. Die Aufführung, die der Komponist selbst leitete, hatte viel Schwung, besonders zeichnete sich Herr Wehrhahn durch flottet Spiel und frische Stimme aus. Die übrigen taten ihr Bestes zu gutem Gelingen. Im ersten Teil vorzuführen Gebr. Terra erbauliche Leistungen als Equilibristen. Wiatkowski spielte auf der englischen Konzertina und Harmonika, das Duo Bachmann-Lohmann sang „Carmen“ und „Cavalleria rusticana“, und Tacu blies noch immer das gezeichnete Flöten. Ein gut gewähltes Programm, dem starker Beifall lohnte.

Die Danziger Polen beim Völkerbundkommissar. Der Völkerbundkommissar Mac Donell soll vor einigen Tagen eine Delegation der polnischen Gemeinde in Danzig empfangen haben, die ihm eine Denkschrift über die nationale Minderheit in Danzig überreichte. Der Völkerbundkommissar soll dabei eingehend über das Leben der polnischen Gesellschaft in Danzig informiert haben. Es wäre wertvoll, daß die Öffentlichkeit über den Inhalt der Denkschrift etwas erfahren würde.

Die Gründung einer Danziger Kulturgesellschaft wird in der „Danziger Zeitung“ propagiert. Es wird der Vorschlag gemacht, das jetzige Stadttheater zur Bühne zu benutzen und für das Theater einen Neubau zu errichten. Von Sachverständigen sei festgestellt worden, daß der Umbau des Stadttheaters zur Bühne nur einen Bruchteil der Kosten erfordere, wie der des Schauspielhauses. Die Kostenfrage des ganzen Plans sei nicht so schwerwiegend, als der Plan daran scheitere. Die Kulturaufgaben es freizustellen, so weit sie über die Schule hinaus gingen, müßten als ein einheitliches Ganzes betrachtet werden. Zu diesen Kulturaufgaben gehörten vornehmlich: Museen, Audimaxhallen, Konzertsäle und Theater. Der Verfasser des Artikels empfiehlt eine gemeinsame Bewirtschaftung des Theaters, des Schauspielhauses, des Franziskanerklosters, des Grünen Parks, des Sangaßer Parks, des Stadtparks, des Diwaer Schlosses und des

Städtischen Parks. Zu diesem Zwecke würde eine Kulturgesellschaft gebildet werden, an der die Stadt und der Staat beteiligt seien. Durch das Mittel dieser Kulturgesellschaft und die Einnahmen aus den in Erwägung stehenden Gebäuden würde sich das Kapital zum Ausbau eines Stadtheaters anlegen lassen. Der Plan wird dann noch im einzelnen näher dargelegt.

Getreidepreise. Eine aus Vondararbeitern bestehende Arbeitergruppe, die aus Speichern und Scheunen erhebliche Quantitäten Getreide hat, hatte sich jetzt vor Gericht zu verantworten. Es handelte sich um die Arbeiter des Anwalts Jakob Weikel und Max Rajewski aus Redersburg. Da sie wegen Eigentumsvergehens bereits wiederholt vorbestraft sind, so wurden alle drei zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt, und zwar der An. zu 4 Jahren, Max R. zu 3 Jahren 6 Monaten und Jakob W. zu 3 Jahren Zuchthaus. Ein wegen Fehler im Anwaltsamt gemeldeter Rechtsanwalt wurde freigesprochen.

U.S. Spielfilme. Die „Königin von Navarra“ ist ein Verlegenheitsstück im Spielplan des U.S. Darüber gibt es auch nicht der berühmte Namen Ma Nollens hinaus, die die Hauptrolle dieses Films spielt. Denn der Inhalt ist kinostisch und kinoromanisch. Die Schicksale einer Königin, die die Gatten eines reichen Manners in Java wird, schließlich in Rot kommt und endlich sogar als Sponsa erschaffen werden soll. Schon wußten einige Courtisane-Maler-Selbstnen mit ihren Schnupftüchern die Augen, da hatte der Regisseur Erhermen mit dem anderen Teil des Publikums und machte der unretwilligen Komödie ein Ende. Angenehme Unterhaltung bietet das Spielfilm „Der Kronprinz“, eine Neuauflage des „Manns ohne Namen“.

Staubesamt vom 16. April 1923.

Todesfälle. Frau Martha Kohberg geb. Peters, fast 60 J. — Rangierer Otto Weiser, 21 J. 10 M. — Kaufmann Rudolf Lohse, 20 J. 1 M. — Frau Adele Erbler, 46 J. — Arbeiter Gustav Hoffmann, 42 J. 6 M. — Eisenbahnbeamter Edward Krüger, fast 81 J. — Unbekannt 1 Sohn. — Frau Auguste Schmidtowski geb. Fromm, 69 J. 7 M.

Devisenkurse.

(Währungsreform um 12 Uhr mittags.)

	16 April	14. April
1 Dollar	21 240.—	21 150.—
1 polnische Mark	0 50	0 50
1 Pfund Sterling	98 500.—	98 500.—
1 holländischer Gulden	8 330.—	8 300.—
1 norwegische Krone	3 900.—	3 800.—
1 dänische Krone	4 000.—	4 000.—
1 schwedische Krone	5 630.—	5 650.—
1 Schweizer Franc	3 870.—	3 860.—

Wöchentliche Devisenkurse vom 16. April 1923.

Dollar: Geld 21 156,97, Brief 21 269,08; poln. Mark: Geld 49,87, Brief 50,18; engl. Pfund: Geld 98 054,25, Brief 98 545,75.

Verantwortlich: für Politik Ernst Goops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Franken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. G. Schell & Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Verordnung über die Milchversorgung.
Auf Grund der Bekanntmachung zur Sicherung der Volksernährung vom 22. 5. 1916 (R. G. Bl. S. 401) und vom 18. 8. 1917 (R. G. Bl. S. 823) sowie unter Aufhebung der Verordnung über die Herstellung von Käse vom 4. September 1922 und der §§ 1-3 der Verordnung über die Milchversorgung vom 21. November 1922 wird für das gesamte Gebiet der Freien Stadt Danzig verordnet:

§ 1.
Alle Molkeeien und Käseereien haben von sofort ab nur $\frac{2}{3}$ anstatt der gesamten Menge der eingelieferten Milch nach Anordnung des Ernährungsamts Danzig zu den jeweils geltenden Höchstpreisen abzuliefern.
Das restliche Drittel wird zur Verarbeitung zu Hart- und Weichkäse sowie Butter freigegeben.

§ 2.
Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden nach Maßgabe des § 2 der Bekanntmachung zur Sicherung der Volksernährung vom 22. 5. 1916 (R. G. Bl. S. 401) und vom 18. 8. 1917 (R. G. Bl. S. 823) bestraft.
Danzig, den 16. April 1923. (9375)
Der Senat der Freien Stadt Danzig.
gez. Dr. Riehm. gez. Janison.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Der große neue Operettenschlager
„Liebes-Diplomaten“
Musik von Ernst Stieberitz unter persönlicher Leitung des Komponisten.
u. das brillante Sensationsprogramm

Grigori Matuszewitz
der berühmte russische Virtuosa auf der englischen Konzertina und Harmonika
Tacu?? Das Rätsel
Die Atraktion des großen Varietés
Bachmann-Lohmann,
das stimmungswichtige Opernduo
Gebr. Terra
phenomenale Equilibristen u. Turmbesteiger
Billet-Vorverkauf bei Oehr. Freymann,
11-1 Uhr an der Theaterkasse.
Neu! LIBELLE Neu!
Täglich die neu engagierten Kunstkräfte
Die Original amerikan. Jazzbandkapelle
mit der berühmten Stimmungsorganone
Kapellmeister GOTTI MÖLLER

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, Montag, den 16. April, abends 7 Uhr:
Dauerkarten E 1.
Gastspiel Arthur Schwarz v. Stadttheater in Münster.
Die Zauberflöte
Große Oper in 2 Aufzügen von W. A. Mozart.
Dichtung nach Eudm. Wielke von Emanuel Schikaneder.
In Szene gesetzt von Oberstleutnant Julius Brischke.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.
Lamino: Arthur Schwarz als Gast auf Engagement.
Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.
Dienstag, den 17. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Zum 2. Male. „Liebe“, Tragödie.
Mittwoch, den 18. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 2. „Carmen“, Große Oper. (Johs. Arthur Schwarz vom Stadttheater in Münster als Gast auf Engagement.)
Donnerstag, den 19. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 2. „Der kühne Schwimmer.“
Freitag, den 20. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2. Erhöhte Operapreise. „Der Rosenkavalier“, Komödie.

Gedania-Theater

Schlesensdamm 59/60 5912
Achtung! Heute! Nur bis nachd. Montag!
Der größte amerikanische
Zirkus-Sensations-Film der Gegenwart!
„ZIRKUS GRAY“
U. letzte u. beste Episode: Die Insel des Schreckens
6 große Akte. In der Hauptrolle: Eddie Polo.
„Die Todeskarte“
6 äußerst spannende Akte nach einer Erzählung
des berühmten amerikanischen Kriminalisten
Gouverneur Morris.
Ein Programm, das jeder schon mal gesehen hat!
Beginn der letzten Vorstellung 8 Uhr.

Zeitungsträgerinnen

können sich melden
Exp. Danziger Volksstimme
Am Spandhaus 6.

Am Mittwoch mittag 12 Uhr verstarb im städtischen Krankenhaus zu Danzig nach kurzem Leiden mein lieber Mann, Onkel und Großvater, der früherer

Buchdruckereibesitzer
Carl Langowski
im 82. Lebensjahre.
Dieses zeigen mit der Bitte um stilles Beifall an
Die trauernden Hinterbliebenen
Danzig-Altshottland, den 12. April 1923

Nachruf.
Im Alter von 82 Jahren verstarb am Mittwoch nachmittag im städt. Krankenhaus der ehemalige Drucker der „Volkswacht“, der frühere

Buchdruckereibesitzer
Carl Langowski
Der Verstorbene war unter den schwierigsten Verhältnissen ein warmer Förderer unseres Unternehmens. Wir werden das Andenken dieses rechtschaffenen und lachteren Mannes stets in Ehren halten.
Die Geschäftsleitung und Redaktion der „Danziger Volksstimme.“

Lungenleiden heilbar?
Fuberkulose, Katarrhe usw.
Verf. Sie bestell. Sam.-Kat. Fr. Weiss's Auswähl. Druckschrift hierüber:
Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104a. 1923

Schürzenmädchen
Heimarbeiterinnen, welche flott liefern können und sauber arbeiten, finden das ganze Jahr hindurch gleichmäßige, lohnende Beschäftigung. Weibungen mit Probearbeit nur vormittags zwischen 8 und 12 Uhr bei (9371)
Albert & Bruno Fischer
Heumarkt 4.

Morgen, übermorgen

abends 8 Uhr
Die Schiffbrüchigen.
Unter gütiger Mitwirkung von Frau Dr. Malkenthal, Königsberg i. Pr.
Doppelgastspiel
Annita Schertoff, Lektorin an der Albertus-Universität Königsberg i. Pr.
Dir. P. Jordan, Stadttheater Insterburg. 9364
Vorverkauf in den Gewerkschaftsbureaus.

Sämtliche Schuhmacherbedarfsartikel
nebst großem Lager in allen Arten (9329)
Unter- und Oberleder, auch Schäften
empfehlen billigst
Telephon 1650 **Kellner & Kluge** Telephon 1650
Leder- und Rohhaut-Handlung
Fischmarkt Nr. 45 **DANZIG** - Fischmarkt Nr. 45

Photogr. Apparat
(8x12) mit Zubehör zu verkaufen. Worm, Barisöl, Kirchengasse 19, 1 Tr. (f)

Was erhaltenen.
bell. Sommeranzug
zu kaufen gel. Brill. 1/2. Offert. und V. 1281 a. d. Exp. der Volksstimme. (f)

Leichtes
Schneiderei
nach Bachmann, Stettinwinkel 18. (f)

Plätterin
für dauernd gesucht. (f)
Schiff, Markt, Str. 99.

Schneiderei
nach Bachmann, auch Ausbessern. Angeh. und V. 1250 an die Exped. d. Volksstimme. (f)

Biele Woll. Markt
auch in kl. Abteilungen auf Hausstand, Wechsel plm. zu vergeben. R. Liedtke, Paradiesgasse 9-9. (9361)

Berlangen Sie die „Volksstimme“
in den Städten

BORG Zigaretten

preisgekrönt

bevorzugt der Kenner

E. G. Olschewski, Möbelfabrik
 DANZIG, Danziger Str. 5 und 7, Danzig

E. & R. Leibbrandt Eisenhandlung
 DANZIG
 Hopfengasse Nr. 101-102
 on gros — on détail
 Werkzeuge — Maschinen
 Haus- und Küchen-Geräte

Kaufhaus Louis Jacob
 Inh.: Bruno Bieker
ZOPPOT
 Täglich Eingang von:
 Kleiderstoffen, Damen- u. Kinderkonfektionen
 Pelz, Wolllwaren, Wäsche, Kurzwaren
 Sowie Neuheiten in allen Artikeln

Konfektionshaus W. Liebenthal
ZOPPOT
 Danziger Str. 5 Telefon 586

Johannes Siegrind Friedländer
 Schmiedegasse 4 • Telefon 0681
 Herren- und Damenstoffe
 in großer Auswahl

Marcus Becker
 Hopfengasse 91 • Fernspr. 363
 Werkzeuge • Maschinen • Transmissionen
 Pumpen • Hebezeuge

Pelze

Große Auswahl in Damen- und Herren-Konfektion, nach Fellern aller Art

Reichhaltige Spezial-Abteilung in Fellen und Futter aller Art für an gros

Lesen Sie vorabhaft in jedem Pelz-Magazin

Berliner Pelzvertrieb

DANZIG
 Brattigasse Nr. 121, 1. Etage
 Eigene Werkstatt im Hause.

H. Scheffler, Danzig
 Möbelfabrik und Kunsttischlerei
 Petrus 614 u. 5362 Ausstellungshaus Am Hofraum 3/4

Billig und doch gut
 kaufen Sie moderne fertige
Herren-Bekleidung
 bei **J. Czerninski**
 Danzig, Altstadt, Graben 96/97
 Eingang Klebe Mithrasgasse

Robert Ehmann
 Altstadtlicher Graben 3
 Textilwaren, Trikotagen, Herrenstoffe

Geschäftliche Rundschan mit Dauerfahrplan

Minutenschnitzl Ohne Gewähr!

(G) Dampfverbindungen

Danzig		Heubude		Böhmsch		Mehlschneide		Schlesberg und umliegend			
9:00	9:15	9:30	9:45	10:00	ab	Grünes Tor	ab	7:00	9:00	12:00	4:00
9:30	9:45	10:00	10:15	10:30	ab	Heubude	ab	7:30	9:30	12:30	4:30
10:00	10:15	10:30	10:45	11:00	ab	Fleischhof	ab	8:00	10:00	11:00	5:00
10:30	10:45	11:00	11:15	11:30	ab	Böhmsch	ab	8:30	10:30	11:30	5:30
—	—	—	—	—	ab	Elbige	ab	—	—	—	—
—	—	—	—	—	ab	Nicholsch	ab	—	—	—	—
—	—	—	—	—	ab	Schleusenort	ab	—	—	—	—
—	—	—	—	—	ab	Schleusen	ab	—	—	—	—
—	—	—	—	—	ab	Heubude	ab	—	—	—	—
—	—	—	—	—	ab	Schlesberg	ab	—	—	—	—

* Neben u. B. nicht

Partiewaren
GELEGENHEITSKÄUFE
Junkergasse 1
 Kleider / Mäntel / Blusen / Röcke
 Trikotagen / Wolllwaren

Drogen, Farben, Parfümerien, Seifen
 Drogerie am Dominikanerplatz
 Danzig • BRUNO FASSEL Junkergasse 12

MANUFATURWAREN
 Tische für Herren-Anzüge, Paletots und Raglans
 Leinen für Wäsche • Strümpfe und Trikotagen
Kornaszewski & Mroczek
 (früher Isak) Schmiedegasse 23/24

Silber-, Gold-
 Neufeld
 St. Wollschur 21

Zentral-Theater
 Langhaus 21 — Fernsprecher 1079
 Das vornehme,
 führende
 Lichtspielhaus

Zachmatzi

A. Lehmann
 Inh.: L. Gutzzeit
 Jepsengasse 31/32
 Krankenpflege — Optik.

AMETROPOL LICHTSPIELE
 Ertaufführung moderner
 Werke der Filmkunst!!!

Hermes, Basema
Danziger Stolz
Röhmscher Shag
 Tabakfabrik B. Schmidt Nachf. Danzig-Oliva

Die beliebtesten Feinschnitt-Tabake
Überall erhältlich

Konsum- und Spargenossenschaft Danzig
 Mitglieder! Die Genossenschaft braucht Betriebskapital,
 nicht den Geschäftswert voll ein. Die Fortbildung kann erfolgen in
 allen Verkehrskreisen und bei den Bezirkskassen.

G. Valtinat, Dampfmolkerei
 Danzig-Langfuhr
 Beste und billigste Bezugsquelle für Schmalz, Margarine, Käse
 Filialen in allen Stadtteilen

Krippendorff-Liköre
 Spezialität: Johannisbeere
 Curacao Orange
Eugen Krippendorff Nachfg.
 Telefon Nr. 1315 Biediger & Kriegerhoff Hopfengasse Nr. 67